

Streit um Glasfasern geht weiter

Die Stiftung für Konsumentenschutz befürchtet, dass Glasfaseranschlüsse zu teuer werden. Sie fordert deshalb eine Änderung des Fernmeldegesetzes, damit die Preise kontrolliert werden können.

Hans Galli

Gestochen scharfe Fernsehbilder, Video auf Abruf, Spiele und Fotoarchive im Internet: Alle diese Anwendungen belasten die Fernmelde netze massiv. Die Datenmenge verdoppelt sich alle anderthalb Jahre. Während die Kabelfernseht netze dem Ansturm vorläufig noch gewachsen sind, stösst das Telefonnetz der Swisscom an Grenzen. Weil sie mit ihrem Swisscom TV weiter wachsen will, muss sie ihr Netz aufrüsten.

Bei der einfacheren Lösung zieht sie ein Glasfaserkabel bis 700 Meter vor die Siedlungen und installiert dort eine kleine Zentrale, von wo ein Kupferkabel in die Wohnungen führt. Das reicht für einen HD-TV-Anschluss, bei mehreren wird es knapp. Beim Vollausbau werden die Glasfasern bis in die Wohnungen und in die Büros gezogen. Obwohl die Fasern so dünn sind wie ein Haar, können fast unbegrenzte Mengen an Daten übertragen werden.

Furrer lobt den runden Tisch

Noch vor der Swisscom hatte das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (EWZ) mit dem Bau seines Glasfasernetzes begonnen. Andere Elektrizitätswerke folgten. Damit nicht parallele Netze entstehen, lud Marc Furrer, der Präsident der Eidgenössischen Kommunikationskommission (Comcom) Mitte 2008 zum runden Tisch ein. Dreieinhalb Jahre und neun Sitzungen mit den obersten Chefs der beteiligten Unternehmen später zog er gestern vor den Medien in Bern eine positive Bilanz: Der Bau des Glasfasernetzes sei auf guten Wegen, es gebe keine Parallelinvestitionen, einheitliche technische Standards für die hausinterne Verlegung der Glasfasern seien erarbeitet, und es existiere eine einheitliche Plattform für Bestellungen und Mutationen, sodass die Kunden den Anbieter rasch wechseln könnten.

Möglich ist der Wechsel, weil sich die Swisscom mit ihrem Modell durchgesetzt hat: In jede Wohnung führen vier Glasfasern, wovon eine für die Swisscom reserviert ist, während die übrigen von Anbietern wie Sunrise, Colt, VTX, Myspace oder Quickline benutzt werden können. Die Investitionskosten seien 10 bis 15 Prozent höher als bei einer Faser, aber es sei positiv, dass die Konsumenten wählen könnten, sagte Furrer.



Ein Mitarbeiter von Energie Wasser Bern (EWB) verlegt ein Glasfaserkabel. Foto: Adrian Moser

Im vergangenen Herbst war der Glasfaserausbau ins Stocken geraten, weil die Wettbewerbskommission (Weko) die Verträge zwischen den Elektrizitätswerken und der Swisscom beanstandet hatte. Die Vereinbarungen sahen Schutzklauseln vor allem zugunsten der Elektrizitätswerke vor. In den Städten Basel, Bern und Luzern sind diese Klauseln inzwischen gestrichen worden, sodass die Weko nichts mehr einzuwenden hat. In den andern Städten seien die Gespräche auf guten Wegen, erklärte Swisscom-Sprecher Sepp Huber.

Auch in Zürich haben sich Swisscom und EWZ auf die Eckpunkte geeinigt: Die Stadtregierung werde sich morgen Mittwoch mit dem überarbeiteten Vertrag befassen, sagte EWZ-Sprecher Harry Graf. Der Vertrag kann allerdings nur

umgesetzt werden, wenn die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger im Sommer einen neuen Kredit für das Zürcher Glasfaserprojekt bewilligen.

Alle zwei Minuten ein Anschluss

Ende 2011 waren in der Schweiz rund 10 Prozent der Wohnungen mit Glasfasern erschlossen, bis 2015 sollen es 30 Prozent sein: Alle zwei Minuten wird momentan eine neue Wohnung abgeschlossen. Die Swisscom trägt 60 Prozent der Kosten - bis 2015 wird sie rund 2 Milliarden Franken in das Glasfasernetz investieren, wie Sprecher Huber sagte. Sie hat sich am runden Tisch mit ihren Forderungen weitgehend durchgesetzt, und die auf Druck der Weko abgeänderten Verträge stärken ihre Position, während das Risiko für die Elektrizitätswerke ge-

stiegen ist. Aber die Rahmenbedingungen sind nicht in Stein gemeisselt.

Die Stiftung für Konsumentenschutz (SKS) befürchtet, dass Swisscom und Elektrizitätswerke ihre Glasfaserleitungen zu überhöhten Preisen an andere Anbieter vermieten werden und diese würden die Kosten an die Konsumenten weitergeben. Die SKS fordert deshalb eine Änderung des Fernmeldegesetzes, damit die Comcom die Preise für die Glasfaseranschlüsse festlegen können. Comcom-Präsident Furrer schloss gestern nicht aus, dass eine Regulierung des Glasfasernetzes nötig sein werde. «Aber wir wollen nur so viel Regulierung wie nötig», betonte er. Doch Swisscom und Elektrizitätswerke möchten sich bei der Preisgestaltung am liebsten überhaupt nicht dreinreden lassen.